

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 48

Vorwort: Editorial
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„A Europe that works.“
Tony Blair, Financial Times

Nach der Ablehnung in den Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden anfangs Juni wird der EU-Verfassungsvertrag nicht wie geplant am 1. November 2006 in Kraft treten. Bereits haben fünf Länder die Ratifikation verschoben. Andere Länder halten an ihren bereits angesetzten Volksabstimmungen und parlamentarischen Abstimmungen fest. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament wollen die EU-Verfassung mit Unterstützung von Bürgerforen, die Bündnisgrünen mit einer europaweiten Abstimmung im Jahr 2007 retten. Die Visionen einer „europäischen Nation“, eines „europäischen Superstaates“ oder eines „kosmopolitischen Europas“ müssen begraben werden; hier und dort ist gar der Ruf nach De Gaulles „Europa der Vaterländer“ zu vernehmen.

Das Nein zum Verfassungsentwurf hat die politische Klasse zu einem Zeitpunkt überrascht, wo die EU der politischen Legitimation für die in den letzten Jahren vollzogenen Erweiterungen und Entscheidungen ganz besonders bedurft hätte. Das massive Nein war kein „Aufstand der Bürger“, aber weit mehr als der Massenprotest gegen eine „entfremdete Politik“ der Brüsseler Bürokratie. Das massive Nein ist Ausdruck des breiten Widerstands der Bevölkerung in Frankreich und in den Niederlanden gegen die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union, welche insbesondere seit dem sogenannten Lissaboner Prozess im Jahr 2000 immer grössere Teile der 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas durch soziale Härten belastet.

Vor dem Hintergrund der 20 Millionen Arbeitslosen in der EU besteht wirtschafts- und sozialpolitisch grosser Handlungsbedarf. Allerdings besteht Uneinigkeit über die wirtschaftspolitische Strategie der EU, wie das Scheitern der Finanz- und Budgetverhandlungen am Brüsseler Gipfel vom 18. Juni 2005 deutlich macht. Für Jean-Claude Juncker, den scheidenden EU-Ratspräsidenten, liegen die tieferen Ursachen des gescheiterten Finanzgipfels im Richtungsstreit zwischen zwei Konzepten, jenem eines „grossen Marktes“ und jenem eines „politisch integrierten Europas“. Dagegen hält der neue EU-Ratspräsident Tony Blair die Alternative „soziales Europa“ oder „marktwirtschaftliches Europa“ für falsch, das „kontinentale europäische Sozialmodell“ für überholt; zukunftsweisend ist für ihn das „angelsächsische Modell“, in dem „ein sozialer Ansatz den wirtschaftlichen Ansatz stärkt.“ Blair propagiert die Modernisierung des Sozialmodells und die Stärkung der „Wettbewerbsfähigkeit Europas“ und beschwört „Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand“, anderenfalls werden „wir unser Gesellschaftsmodell nicht halten können“ (Bild, 22. Juni 2005). Auf den Sapir-Report zurückgreifend spielt er Investitionen in Forschung,

Entwicklung und Bildung gegen die überkommene Subventionspolitik der EU etwa im Agrarsektor aus. Die Reaktionen einiger Regierungschefs und die enorme publizistische Resonanz auf Blairs „neuen europäischen Reformismus“ lassen erkennen, dass die EU nicht nur heterogener wird, sie ist auch in zentralen Zukunftsfragen tief gespalten.

Am 5. Juni 2005 haben die Schweizer Stimmberechtigten den Assoziierungsvertrag von Schengen/Dublin angenommen. Am 25. September werden sie zudem über die auf die neuen EU-Mitgliedsländer in Osteuropa ausgeweitete Personenfreizügigkeit abstimmen. Im Falle einer Annahme der erweiterten Personenfreizügigkeit werden die Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU in Kraft treten. Ein EU-Beitritt der Schweiz wird damit politisch in weite Ferne gerückt. Die von den Gewerkschaften ausgehandelten und von der Basis mit einigen Bedenken mitgetragenen flankierenden Massnahmen gegen Sozialdumping und Lohndruck können dann – mit Hilfe von Paritätischen Kommissionen und einer Verstärkung der Arbeitsinspektorate – umgesetzt werden.

Wie die IG Bau in Deutschland warnt, gefährden allerdings immer neue EU-Richtlinien wie etwa jene zur Öffnung des europäischen Dienstleistungsmarkts Arbeitsplätze, so zum Beispiel im Handwerk. Immer mehr Betriebe können unter dem Druck der Billigkonkurrenz aus Osteuropa das Niveau der Tariflöhne und der Sozialabgaben nicht mehr halten und stehen vor dem Aus. Solche Gefahren drohen auch am Schweizer Arbeitsmarkt. Die Probleme ungleicher Lohn- und Sozialniveaus lassen sich nur in grenzüberschreitender Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften angehen. Diesen wie auch den europäischen Linken und sozialen Bewegungen stehen ohnehin konfliktreiche Zeiten bevor.

27. Juni 2005 / Die Redaktion

In eigener Sache

Das Heft 48 kommt leicht verspätet heraus. Wir bitten Abonnentinnen und Abonnenten um Verständnis. Im Diskussionsteil des vorliegenden Themenhefts wird ausführlich in aktuelle Debatten interveniert, was einen erweiterten Heftumfang zur Folge hatte. Ausnahmsweise entfallen daher die Rubriken „Zeitschriften-schau“ und „Weitere Literaturhinweise“.

Im Februar dieses Jahres ist Werner Güttinger überraschend schnell einer schweren Krankheit erlegen. Viele Jahre hat er in der Druckerei Bokos den Druck der Zeitschrift WIDERSPRUCH verantwortet. Wir behalten ihn in bester Erinnerung. Wir möchten uns beim Team der Druckerei Bokos für das langjährige und vertrauensvolle Arbeitsverhältnis, für die hohe Qualität und die Kontinuität herzlich bedanken. Ab Heft 48 wird der WIDERSPRUCH bei der Druckerei Ropress gedruckt. Wir freuen uns auf eine produktive Zusammenarbeit.

Zu besonderem Dank verpflichtet ist die Redaktion der *Pro Helvetia*, Schweizer Kulturstiftung (Zürich) und *Migros Kulturprozent* (Zürich) für die finanzielle Unterstützung dieses Heftes.